

"Die Botschaft vom Amsterdamer EU-Gipfel" in Die Zeit

Quelle: Die Zeit. [ONLINE]. [Hamburg]: [15.04.2004]. Disponible sur <http://www.zeit.de/archiv/1997/26/amsterda.txt.19970620.xml>.

Urheberrecht: (c) Christian Wernicke / Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"die_botschaft_vom_amsterdamer_eu_gipfel"_in_die_zeit-de-1da7bf17-f171-4793-8f80-cb4e2237896e.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Die Botschaft vom Amsterdamer EU-Gipfel: Hilf dir selbst, dann hilft dir Brüssel

Verschuldungskrise und Massenarbeitslosigkeit können aber nur gemeinsam bewältigt werden

Christian Wernicke

Amsterdam - Alles vergeblich? Gitter und Polizeiketten stoppten die langen Märsche der Arbeitslosen aus Andalusien und Vorpommern. "Der Euro ist nicht alles - ohne Arbeit ist Europa nichts", stand auf einem Plakat zu lesen, Protest gegen den vermeintlichen Jobkiller Maastricht. Gesehen, gehört, gespürt haben ihn eine Handvoll Polizisten. Die Staats- und Regierungschefs, denen die Botschaft gegolten hat, tagten in einer fernen, von 15 000 Ordnungshütern verriegelten Welt. Dort rangen sie, wie gewöhnlich, um Worte; und eine Armada herbeigereister Journalisten geißelte ihre Beschlüsse umgehend als "Leerformeln" und "faule Kompromisse". Alles wie gehabt.

Amsterdam, das ist das Resümee, hat Europa keinen einzigen neuen Arbeitsplatz beschert. Als Kronzeuge bot sich der Kleinste unter den Großen an, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker. "Es ist zwar alles gesagt, aber noch nicht von jedem", frozelte der Christdemokrat, nachdem sich, wieder einmal, Deutsche und Franzosen über die gemeinsame Währung erst zerstritten und dann doch zusammengerauft hatten.

Auf den ersten Blick war es ein deutscher Sieg: Der Stabilitätspakt - von der Bundesregierung als Garant eines harten Euro gefeiert, von der neuen Links-Regierung in Paris zunächst als "absurd" geschmäht - ist nun auch von Lionel Jospin akzeptiert, dem Traditionellsten unter Europas regierenden Sozialisten. Damit ist eine weitere Episode jenes scheinbar ewiglichen deutsch-französischen "Kulturkampfes" beendet, der in Maastricht begann: der Streit, ob die Währungsunion allein dem Regiment einer unabhängigen Zentralbank oder aber dem Primat der Politik gehorchen soll. Fortsetzung folgt, bestimmt.

Spätestens dann, wenn Lionel Jospin und Jacques Chirac einfordern, was Helmut Kohl ihnen in Amsterdam "als Entgegenkommen unter Freunden" zugestand, nämlich, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit "weiterhin fest an die Spitze seiner Tagesordnung zu stellen", wie es die eilig verfaßte "Entschließung für Wachstum und Beschäftigung" verheißt. Das ist, zunächst einmal, nichts Neues. Derlei haben EU-Gipfel den inzwischen achtzehn Millionen Arbeitslosen in Europa über die Jahre schon dutzendfach versprochen. Und dann wieder vergessen. Aber trotz der verbrauchten Worte: Die Resolution zimmert den Rahmen für eine Politik, die tatsächlich mehr Jobs in Europa schaffen könnte, allerdings auch nicht mehr als den Rahmen; den Inhalt, die Teile des beschäftigungspolitischen Mosaiks in Europa, müssen die fünfzehn Länder selber zusammensetzen.

Eigenhändig Jobs schaffen, bezahlt mit neuen Millionen aus dem EU-Haushalt - das wird Brüssel auch in Zukunft nicht dürfen. Das hat der Amsterdamer Gipfel im Streit um das neue "Beschäftigungskapitel" im Maastricht-Vertrag entschieden. Und doch wächst, dank dem Euro, der Zwang zur Zusammenarbeit. "Eine gemeinsame Währung in einem wirtschaftspolitischen Vakuum ist doch unvorstellbar", verkündete Frankreichs Finanzminister Dominique Strauss-Kahn. Kurz zuvor hatte er sich mit seinen vierzehn Amtskollegen auf einen vagen Text zur "Entwicklung der wirtschaftlichen Säule" in Europa geeinigt. Dahinter verbirgt sich die alte Pariser Forderung nach mehr Koordination, als Ergänzung zur "monetären Säule" des gemeinsamen Geldes. Vor sechs Jahren, in Maastricht, hatte François Mitterrand seinen Freund Helmut Kohl mit dem Verlangen nach einer "europäischen Wirtschaftsregierung" noch schockiert; eine Vorstellung des Schreckens für alle Herren der D-Mark, die dahinter nur einen Angriff auf die Unabhängigkeit der Zentralbank argwöhnten. So mancher deutsche Unterhändler, der damals vorschnell abwinkte, trauerte später der verpaßten Chance nach. Heute darf Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker, ein Freund Kohls, unwidersprochen sagen: "Wir müssen sicherstellen, daß Europa den Euro regiert - und nicht umgekehrt."

Der Gipfel in Amsterdam hat die alte Idee wieder aufgegriffen. Das fällt um so leichter, als die Zwänge der Globalisierung und das Diktat der Maastricht-Kriterien Europa fast überall eine Politik nüchterner, marktorientierter Reformen abverlangt haben: Umbau des Sozialstaats, allmählicher Strukturwandel,

Privatisierung, Schuldenabbau. Aber eben nur fast überall. Denn ausgerechnet die beiden Nachbarn vom Rhein gelten in Brüsseler Kommissionkreisen längst als unrühmliche Ausnahme. Die Bonner Palastgarde der sozialen Marktwirtschaft gerät bei jedem Reformschritt ins Stolpern. Und niemand verwehrt sich so energisch gegen EU-Ermahnungen zum freien Wettbewerb wie die Pariser Avantgarde staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Anderswo, in Finnland und Dänemark, in Irland oder Portugal, blühen Reformen auf und sinkt, langsam, aber immerhin, die Arbeitslosigkeit. Und seit dem Machtwechsel in Großbritannien hat der Kontinent sogar einen Namen für diesen sozial regulierten Kapitalismus: Blairismus.

Eine Woche vor Amsterdam, beim Kongreß der europäischen Sozialisten in Malmö, brachte Tony Blair auf eine Formel, was da an Umbauarbeiten in Europa so alles vor sich geht: "Die alte Linke glaubte nur an mehr Geldausgeben und mehr Vorschriften. Die neue Rechte sagt: Schwimm im Markt, oder geh unter." Moderne Politik müsse den Menschen Bildung, Fähigkeiten und Know-how eröffnen, "damit ihre Unternehmen und Talente in einem neuen Markt florieren". Das sei "nicht links oder rechts", das sei "der dritte Weg".

Blair predigt heute, was unzählige Analysen seit Jahren als Rezept gegen die "europäische Krankheit" verschreiben, was schon Jacques Delors, der frühere Präsident der EU-Kommission, in seinem Weißbuch 1993 forderte: mehr Wettbewerbsfähigkeit für mehr Wachstum und Beschäftigung. Zwar gehört es nach wie vor zum guten sozialdemokratischen Ton, vor einer "Apartheidsökonomie" wie in den Vereinigten Staaten zu warnen. Aber Monika Wulf-Mathies, einst ÖTV-Vorsitzende und inzwischen EU-Kommissarin, fragt auch: "Geht es den working poor in Amerika wirklich so viel schlechter als den Armen ohne Arbeit bei uns?"

Die Mängelliste, die sie gerade ihren deutschen Genossen vorhält, ist eindrucksvoll. Während der vergangenen dreißig Jahre hat Europa nur zehn Millionen Arbeitsplätze hinzugewonnen - ein Plus von mageren acht Prozent. Derweil stieg die Zahl der Jobs in Amerika zehnmal, in Japan immerhin noch über fünfmal so schnell. Die Ursachen dieses europäischen Rückstands sind eindeutig: mangelnde Produktivität, zuwenig Forschung, zuwenig neue Produkte. Europa, klagt Monika Wulf-Mathies, habe noch immer nicht den Sprung ins Zeitalter der Dienstleistungen geschafft. Die Sozialdemokratin denkt nicht nur an die Chancen der Informationsgesellschaft. Vor allem im sozialen Bereich und bei einfachen Dienstleistungen klappe eine Lücke. Im Service besteht am ehesten Aussicht auf neue Jobs. Während die Beschäftigung in der Industrie stagnieren dürfte, prophezeit die EU-Kommission bis zum Ende des Jahrzehnts europaweit immerhin 2,4 Millionen neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Dienst.

Was tun? Antworten finden sich überall in Europa. Billigjobs sind attraktiv, wenn die Steuern gerade auch für niedrige Einkommen sinken oder der Staat das Gehalt per Lohnzuschuß aufbessert. Überall finden sich "dritte Wege". Irland, Dänemark und die Niederlande begannen während der vergangenen zehn Jahre Reformen nach dem gleichen Muster: Reallöhne runter, Reform (nicht Zerschlagung) der sozialen Sicherung, weniger Staatsschulden, mehr private Investitionen. All das, sogar flexiblere Arbeitsmärkte, Teilzeitarbeit und (bezahlte) Freistellung zur Kindererziehung oder Weiterbildung, beruht auf gemeinsamen Beschlüssen von Gewerkschaften, Unternehmern und Regierungen. Der Erfolg - mehr Wachstum, mehr Jobs - wird längst auch beim Europäischen Gewerkschaftsbund anerkannt: "Wo die Flexibilisierung wirklich ausgehandelt wurde, haben wir gute Erfahrungen gemacht." Das Bündnis für Arbeit lebt. Anderswo, nicht an den Ufern des Rheins.

Nebenbei erfüllen die drei Reformländer auch noch die Maastricht-Kriterien. Mehr Arbeit und hartes Geld passen zusammen. Die Bundesregierung könnte eine Menge lernen, auch in Brüssel. Dort werden sich nach dem neuen EU-Vertrag regelmäßig Experten der fünfzehn Staaten treffen, um über europäische Leitlinien für Beschäftigung zu beraten, Erfahrungen auszutauschen und ab und zu über ein paar Pilotprojekte für mehr Jobs zu entscheiden. Mehr ist, mangels Kasse, nicht drin. So wollte es Helmut Kohl, aber auch Tony Blair oder Viktor Klima. Alle definieren sich gegenüber Europa zuerst als Nettozahler, erst dann als Schwarzer oder Roter.

Jene Funktionäre deutscher Unternehmerverbände, die vor Amsterdam gezetert hatten, Brüssel wolle per Maastricht-Reform den Bonner Haushalt für teure Beschäftigungsprogramme plündern, hatten nur einen Pappkameraden aufgebaut. Über 98 Prozent von Europas Sozialprodukt gehört den Bürgern und

Regierungen der Nationalstaaten; nur 1,27 Prozent landen im EU-Topf. "Das Schreckgespenst eines europäischen Superstaates ist nicht nur völlig übertrieben, es ist auch lächerlich", sagt Peter Ludlow vom Centre for European Political Studies. Nicht bare Münze, sondern in EU-Recht gegossene Kompromisse sind die Quellen der Brüsseler Macht. Und nach Amsterdam ist es nötiger denn je, diese Kraft der Koordination zu nutzen - mit mehr Zusammenarbeit mehr Jobs zu schaffen.

Vieles ist Kleinarbeit. Als ersten Schritt plant die EU-Kommission, endlich den Binnenmarkt zu vervollständigen. Der größte Markt der Welt hat Europa bis heute immerhin 300 000 bis 900 000 zusätzliche Jobs eingebracht - und zugleich eine gesteigerte Konkurrenzfähigkeit. Mehr Arbeitsplätze sind es noch nicht geworden, weil fast alle Staaten mit protektionistischen Tricks den Binnenhandel behindern. Ausgerechnet Bonn steht auf der Liste der Sünder ganz oben; jetzt drohen peinliche Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof.

Im Streit um Anteile am Weltmarkt hingegen hat der EU-Gipfel den Europäern einen Rückschlag beschert. Gegenüber Japan und Amerika konnte Europa im Gatt und in der Welthandelsorganisation so manchen Deal landen, wenn es mit einer Stimme sprach - der Stimme der Brüsseler Kommission. Allen voran Frankreich verhinderte nun jedoch, daß die EU auch beim Feilschen um Umsätze der globalen Zukunftsbranchen - Dienstleistungen und Patentrechte - und um günstige Regeln für Direktinvestitionen geschlossen auftritt. Da bleibt es für die Konkurrenz ein leichtes, die EU-Partner gegeneinander auszuspielen. Zum Schaden aller.

Nicht trotz, sondern mit Maastricht mehr Jobs zu schaffen - ob dies gelingt, muß Europa erst noch beweisen. Den Widerstand aus Paris gegen einen "nur monetären Stabilitätspakt" hat Helmut Kohl in Amsterdam überwunden, indem er seine eigene Opposition gegen eine engere Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken in Europa abschwächte. Rechtzeitig besann der deutsche Kanzler sich auf ein altes Ziel: die politische Union. In der Tat: "Wo, wenn nicht bei der ökonomischen Zusammenarbeit, soll sich diese deutsche Idee der politischen Union denn erfüllen?" So hatte Jacques Delors kurz vor Amsterdam in einer öffentlichen Diskussion gefragt und selbst die Antwort gegeben: "Wir müssen endlich unsere Wirtschaftspolitik koordinieren, um mehr Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen." Sonst stehe, er freilich weiß das schon seit langem, auch der Euro auf tönernen Füßen. Vielleicht lernen das auch die Bedenkenträger in Bonn.

Hier endet, zumindest für den Briten Tony Blair, der Blairismus. Aber auf dem Kontinent wollen viele diesen Schritt mitgehen als Teil ihres dritten Weges. Das heißt nicht, daß sie noch vor dem Start der Währungsunion milliardenschwere Infrastrukturprojekte wie transeuropäische Autobahnen und Schienentrassen zu finanzieren beabsichtigen. Dieser Vorschlag - vor vier Jahren von Jacques Delors erdacht, vor drei Jahren von den Regierungschefs beschlossen - bleibt in der Schublade. Kein neues Geld, sagt auch Theo Waigel, "nothing - no!" Erst einmal gilt's, die drei Prozent zu schaffen - oder, wie es dem Kanzler in Amsterdam doch wieder rausrutschte, die "drei Komma null".

Schafft ein zusammenwachsendes Europa mehr Geld und mehr Jobs? Das könnte sein. Nicht mit nationalen, über Brüssel koordinierten "Programmen zur Stärkung der Massenkaufkraft", wie man es in den siebziger Jahren in Deutschland versuchte. Da nur noch acht Prozent des EU-Sozialprodukts vom Export in die Vereinigten Staaten, nach Asien oder Osteuropa abhängen, war das allenfalls theoretisch möglich. In der Praxis wird eine solche Renaissance neokeynsianischer Ideen keine Rolle spielen. Staatsinvestitionen schaffen keine dauerhaften Jobs.

Schon jetzt aber beginnt eine andere Erkenntnis sich durchzusetzen: daß die EU-Staaten im Buhlen um Investoren die eigenen Kassen ruinieren, wenn sie sich weiter in einem Subventions- und Steuerwettlauf verrennen. Es gibt Anzeichen für größere Flexibilität im Denken. Ein Einstieg in eine europäische Ökosteuern, seit Jahren versprochen, scheint nicht mehr ausgeschlossen. Und vielleicht gelingt es sogar, gemeinsam einen anderen, verheerenden Trend zu brechen: daß die Steuern auf Gewinne und Kapital im europäischen Durchschnitt binnen 15 Jahren von 44 auf 35 Prozent sanken, während Lohn- und Einkommensteuern von 38 auf 41 Prozent stiegen. Den Preis zahlen fast alle: die Kleinunternehmer, die die Subventionen für die Großen finanzieren; und die Arbeitnehmer, die solche Vergünstigungen mit höheren Abgaben ausgleichen. Und die, die auf der Straße stehen - weil neue Jobs schlicht zu teuer bleiben.

Es stimmt: Der Stabilitätspakt und der Maastricht-II-Vertrag schaffen nicht einen Arbeitsplatz. Aber die Vereinbarungen von Amsterdam errichten ein Gerüst - zum Umbau. Den Zement liefert der Euro. Und neue Kompromisse sind die Mauersteine für den weiteren Bau am Projekt Europa.